

Die Majorität der Deputation schlägt Ihnen auch hier vor, bei der Ablehnung des Roth'schen Antrages stehen zu bleiben, während der Minoritätsvotant Herr Roth Ihnen vorschlagen wird, demselben zuzustimmen. Die Gründe sind in der Hauptverhandlung hier in der Zweiten Kammer besprochen worden und da für die Majorität Ihrer Deputation sich aus den Verhandlungen der Ersten Kammer nichts Neues ergeben, konnten wir nicht zu einem andern Beschlusse gelangen.

Meine Herren! Sie werden es begreiflich finden, wenn ich mich hier heute nochmals für meinen Antrag verwende und zwar um deswillen verwende, weil er in der Ersten Kammer zum Beschlusse erhoben worden ist und weil ich ihn zu denjenigen Punkten rechne, die, sofern die Zweite Kammer ihm noch beiträgt, im Stande sind, die Differenzen mit der Ersten Kammer auf ein geringeres Maß zurückzuführen.

(Herr Staatsminister Freiherr von Könnert tritt ein.)

Die Erste Kammer hat bei der Discussion ausgesprochen, daß sich in meinem Antrage noch eine viel zu große Bescheidenheit kundthue und daß man es dortseits lieber gesehen hätte, er sei in der Fassung, wie ich ihn zuerst eingebracht hatte und wie er in dem Majoritätsgutachten aufgeführt ist, zur Abstimmung gelangt. Meine Herren! Die königl. Staatsregierung selbst hat in der Sitzung vom 11. Februar erklärt, daß sie gegen die Annahme meines Antrages irgendwelche Bedenken durchaus nicht habe, da derselbe immerhin der königl. Staatsregierung genügenden Spielraum lassen werde. Ich kann aber weiter zu Gunsten meines Antrages anführen, daß seit der Zeit, wo er zur Sprache gekommen ist, das von mir ausgestreute Samenkorn an zwei Stellen bereits aufging. Zunächst war eine Deputation aus dem Erzgebirge bei Ihrer Finanzdeputation B, die ausdrücklich erklärte, daß, wenn das von ihr gewünschte Project Annahme finden werde, das Comité seinerseits bereit sei, die in gewissen Fluren nothwendigen Areale gratis abzutreten, um auf diese Weise den Bau der Bahn zu erleichtern, resp. überhaupt genehm zu machen. In einem andern Falle, der eines derjenigen Projecte betrifft, die durch Abgabe zur allgemeinen Kenntnißnahme ihre Erledigung fanden, haben sich die Interessenten in gleichem Sinne ausgesprochen. Sie sehen daraus, daß die von mir ausgesprochene Idee durchaus eine solche ist, welche den Bedürfnissen des Landes Rechnung trägt und dabei den großen Vortheil hat, die Mittel des Staates geradezu vor weiterer Mitleidenheit zu schützen. Außerdem aber, meine Herren, erinnere ich Sie an die Sitzung, die gelegentlich der Berathung über die Eisenbahnpetitionen stattfand, in welcher Sie in Bezug auf den Bahnübergang in Chemnitz die Ansicht ausgesprochen haben:

Chemnitz möge sich nach Lage der Acten nur erst einmal selbst helfen, dann werde die Regierung auch bereit sein, ihrerseits zu helfen. Nun, meine Herren, mit diesem Ausspruch und dem auf Grund dieses Ausspruchs gefassten Beschlusse haben Sie selbst erklärt, daß die von mir verfolgte Absicht nichts weniger, als eine solche sei, welche nicht zu ersten Erwägungen führe, und ich brauche nur noch daran zu erinnern, meine Herren, daß selbst die geehrte Deputationsmajorität es in ihrem Berichte ausgesprochen hat, daß in meiner Anregung allerdings wesentliche Vortheile zu finden seien und daß sie nur geglaubt hat, aus allgemeinen Rücksichten von dem Antrag Abstand nehmen zu sollen. Aus allen diesen Gründen, meine Herren, bitte ich, meinem Antrag nachträglich Ihre Zustimmung zu geben, und schlage Ihnen im Einverständniß mit der Ersten Kammer also vor:

„Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, in der Zukunft unter neuen Secundäreisenbahnprojecten von gleicher wirthschaftlicher Bedeutung denjenigen den Vorzug zu geben, zu deren Ausführung ein thätiges Entgegenkommen der Interessenten sich kundgiebt.“

Ich weiß nicht, ob der Herr Präsident die Geneigtheit haben wird, mir bei dieser Gelegenheit, wo ich das Wort habe, zu erlauben, noch einen Gegenstand zur Sprache zu bringen, den ich Angesichts des bevorstehenden Schlusses des Landtages nicht anders zu besprechen weiß. Bei Berathung des schon mehrmals beregten Eisenbahnpetitionenberichts haben zwar 50 Redner das Wort genommen; dennoch aber ist der letzte Satz des Berichts über die Linie Dresden Moritzburg-Nadaburg-Königsbrück-Kamenz, worin ausgesprochen war:

„Uebrigens fühlt sich die Deputation gelegentlich dieses Projectes veranlaßt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ihr die Verfügung des Ministeriums, welche principiell jeden Versuch der Selbsthilfe eisenbahnbedürftiger Gegenden abzuschneiden scheint, gewichtige Bedenken verursacht.“

nicht zur Sprache gekommen. Da mir nun dieser Gegenstand in Verbindung mit meiner ganzen Stellung zu Eisenbahnangelegenheiten von principieller Wichtigkeit scheint, so gestatte ich mir, an die königl. Staatsregierung bei dieser Gelegenheit die Anfrage zu richten, ob das, was in dem Deputationsbericht andeutungsweise gesagt ist, sich in Wirklichkeit so verhält, nämlich, daß das königl. Ministerium glaubt, nach Lage des jetzigen Eisenbahnbaues überhaupt auf weitere Concessionen, die von Privaten nachgesucht werden, nicht mehr eingehen zu sollen. Ich würde das, wenn ich es gleich anzufügen mir gestatten darf, für sehr bedauerlich halten. Ich glaube aber, daß dennoch von der königl. Staatsregierung eine mich befriedigende Antwort erfolgen wird. Denn wenn die königl. Staatsregierung so, wie es der